Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9971**
18. Wahlperiode 14.10.2016

Fragen

für die Fragestunde der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. Oktober 2016

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	44, 45
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	15, 25
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Höger, Inge (DIE LINKE.)	3, 12
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 38
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	16, 39
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	23, 24
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 10
Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	35, 36
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 43
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 42
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	41
Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	40
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Renner, Martina (DIE LINKE.)	26, 27
Steinbach, Erika (CDU/CSU)	19, 20
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 28
Troost, Axel, Dr. (DIE LINKE.)	29, 30
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	33, 34
Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

1. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern setzt sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Ergebnisse der 39. ICAO-Versammlung dafür ein, die bis Ende 2016 vorübergehend geltende „Stop the Clock“-Entscheidung ersatzlos auslaufen zu lassen und den internationalen Luftverkehr somit erneut in das Europäische Emissionshandelssystem einzubinden?

2. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit jeweils wann gelten nach Kenntnis der Bundesregierung die in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 3 in der Fragestunde vom 28. September 2016 genannten Planungszonen und jeweiligen wesentlichen Maßnahmen des nuklearen Katastrophenschutzes in Belgien, Frankreich, Tschechien, der Schweiz und den Niederlanden (vgl. Plenarprotokoll 18/192, Anlage 2)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung bei der jüngst beschlossenen Schaffung von zehntausenden von Arbeitsplätzen rund um Syrien die jeweils regional geltenden Regelungen zu Mindestlöhnen (oder andere tarifliche Vorgaben) einzuhalten, und für den Fall, dass dies nicht geplant ist, wie will die Bundesregierung verhindern, dass dies zu Lohndumping und weiteren Spannungen zwischen Flüchtlingen und jeweils einheimischen Bevölkerungsgruppen führt (www.sueddeutsche.de/news/politik/migration-bundesregierung-schafft-jobs-in-krisenregion-um-syrien-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-161001-99-658429)?

4. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch welche konkreten Maßnahmen stellt die Bundesregierung bei der Umsetzung der CSR-Richtlinie, der Arbeit des Textilbündnisses und der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ (NAP) ein kohärentes Regierungshandeln sicher, und wurden

nach Auffassung der Bundesregierung in den Entwurfsfassungen des NAP die von der Zivilgesellschaft im Konsultationsprozess eingebrachten Vorschläge ausreichend berücksichtigt?

5. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, in der Öffentlichkeit wiederholt (u. a. http://de.reuters.com/article/deutschland-afrika-hilfe-idDEKCN11L17F vom 15. September 2016, taz.die tageszeitung; http://ftp-tv.wdr.de/main.html?download&weblink=7944e3e9945086b8ea70df61c7b4c0b7 vom 10. Oktober 2016, Phoenix, der Tag) einen Marshall-Plan für Afrika fordert, sich dabei auf konkrete Vorschläge an und Gespräche mit dem Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, (15. September und 10. Oktober 2016) und dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, (10. Oktober 2016) bezieht und dennoch keinerlei konkrete Angaben zu konkreten Überlegungen, einbezogener Partnerländer oder dergleichen gemacht werden können (Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/9970), und inwieweit stehen die Forderungen von Bundesminister Dr. Gerd Müller (10. Oktober 2016) im Widerspruch zur Absage an einen Marshall-Plan für Afrika durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel während ihres Besuchs in Niger (www.taz.de/!5343632 vom 10. Oktober 2016), Stunden bevor Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller diese Forderungen erneut erhob (Phoenix, der Tag, 10. Oktober 2016)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Fristverlängerungsbitten zu Kleinen Anfragen aus dem Deutschen Bundestag gab es von den Bundesministerien in dieser Legislaturperiode bisher (bitte gesondert nach jedem Bundesministerium aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

7. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nach welchen Umweltkriterien wird im bevorstehenden End-Game der Verhandlungen über das plurilaterale Environmental Goods Agreement (EGA) nach Kenntnis der Bundesregierung über die Aufnahme beziehungsweise Nichtaufnahme bislang noch strittiger Produkte auf die Güterliste entschieden, und mit welchem Anpassungsmechanismus (bitte das Verfahren beschreiben) wird nach Kenntnis der Bundesregierung die dynamische Weiterentwicklung der Güterliste entlang von Umweltkriterien gesichert, damit es nicht zu möglichen Benachteiligungen von Innovationen kommt, die einen größeren Umweltnutzen haben, aber durch hohe Zölle gegenüber Produkten diskriminiert werden, deren Zölle durch das EGA auf null gesetzt werden?

8. Abgeordnete **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des Rates für Auswärtige Angelegenheiten und Handel vom 18. Oktober 2016 bezüglich des CETA, und kann die Bundesregierung gewährleisten, dass diese ausreichend klar und verbindlich sind, um die vom Bundesverfassungsgericht am 13. Oktober 2016 aufgegebenen Maßgaben zu erfüllen, dass ein Ratsbeschluss über die vorläufige Anwendung nur die Bereiche von CETA umfassen wird, die unstreitig in der Zuständigkeit der Europäischen Union liegen, dass bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache eine hinreichende demokratische Rückbindung der im Gemischten CETA-Ausschuss gefassten Beschlüsse gewährleistet ist und dass die Auslegung des Artikels 30.7 Absatz 3 Buchstabe c CETA eine einseitige Beendigung der vorläufigen Anwendung durch Deutschland ermöglicht, und wenn ja, worauf stützt sie diese Einschätzung?

9. Abgeordnete **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung den am 12. Oktober 2016 verkündeten Zeitplan für die Beratungen des CETA im Europäischen Parlament für angemessen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass von einigen Vertretern der Bundesregierung eine gründliche und umfassende Beratung des Abkommens im Europäischen Parlament angemahnt wurde (vgl. etwa Äußerungen von Sigmar Gabriel zu einem „ausführlichen Anhörungsprozess“ am

19. September 2016 in Wolfsburg, siehe u. a.: www.shz.de/deutschland-welt/politik/gabriel-bringt-spd-im-ceta-streit-hinter-sich-id14870926.html)?

10. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeweils wann genau (Kalenderdatum bitte) gab es seit der Antwort der Bundesregierung vom 21. September 2016 auf meine Mündliche Frage 7, Plenarprotokoll 18/189, weitere Gespräche der Bundesregierung – insbesondere seitens Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesministerium der Finanzen – mit Vertretern der Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen im Zusammenhang mit einer Umsetzung der Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ vom 27. April 2016 (bitte mit vollständiger Angabe aller jeweiligen Gesprächsparteien analog zur o. g. Antwort der Bundesregierung), und welchen Zeitplan fasst die Bundesregierung ins Auge für Maßnahmen zur Umsetzung der KFK-Empfehlungen neben dem Gesetzgebungsverfahren – wie beispielsweise Ausarbeitung/Abschluss etwaiger Verträge mit den Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen?

11. Abgeordneter **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, dass die dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unterstehende Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) die Internetseite über ihre Präsidenten mit dem Link www.bgr.bund.de/DE/50JahreBGR/DE/Praesidenten/praesidenten_node.html (vgl. Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/9732) aus ihrem Netzangebot genommen hat, nachdem über die Vergangenheit von Geologen, die an der Kriegsführung in Nazi-Deutschland großen Anteil hatten – darunter mit Hans-Joachim Martini, Alfred Bentz und Gerhard Richter-Bernburg ehemalige BGR-Präsidenten – berichtet wurde (vgl. www.sueddeutsche.de/politik/ns-vergangenheit-erdoel-fuer-den-fuehrer-1.3191600; www.tagesschau.de/ausland/geowissenschaften-ns-101.html), und wie bewertet sie diesen Vorgang?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

12. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Angriffe auf eine Trauergesellschaft in Jemen durch die saudische Kriegskoalition bei der laut UN-Angaben etwa 140 Menschen ums Leben kamen, und welche Schlussfolgerungen (z. B. für Rüstungsexporte) zieht die Bundesregierung aus diesem sowie ähnlichen Zwischenfällen in der Vergangenheit (Angriffe auf Krankenhäuser etc.), bei denen jeweils der Vorwurf der Kriegsverbrechen erhoben wurde (www.swp.de/geislingen/nachrichten/politik/Saudi-Arabien-nach-Angriff-auf-Trauerfeier-unter-Druck;art1157828,4038725)?

13. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen hat die Bundesregierung und ihre Bündnispartner, angesichts ihrer Entscheidung zu Verlängerung und Ausweitung der Aufklärungseinsätze der Bundeswehr über Syrien „zum Zwecke des Kampfes gegen IS“ und der zeitnahen Befassung des Deutschen Bundestages, über die Zahl (bitte soweit möglich nach je Monat und Jahr aufschlüsseln) der Luftangriffe der Flugzeuge und Drohnen der USA und ihrer Verbündeten seit September 2014 bis Ende September 2016 und über die Zahl der Opfer, also der verletzten oder getöteten Menschen, insbesondere der Zivilisten?

14. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Kandidatur des ehemaligen äthiopischen Gesundheitsministers Dr. Tedros Adhanom als Chef der Weltgesundheitsorganisation?

15. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit vertritt die Bundesregierung die Auffassung, „dass die türkische Regierung bei der Aufarbeitung des Putschversuchs die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit – auch der von Maßnahmen wie Ausreisesperren – beachtet“, wofür sich die Bundesregierung laut der Antwort von Staatssekretär Stephan Steinlein auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/9970 einsetzt, und inwieweit sieht die Bundesregierung in dem seit acht Monaten andauernden Ausreiseverbot für den deutschen Staatsbürger und in Köln promovierten Soziologen Sharo Garip, der die Türkei nicht verlassen darf,

weil er einen Appell der „Akademiker für den Frieden“ unterzeichnet hat, einen Verstoß gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit, der für den Betroffenen zu einer „außergewöhnlichen Notlage“ führt (www.zeit.de/2016/40/tuerkei-ausreiseverbot-deutscher-wissenschaftler)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

16. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Durch welche Defizite werden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit deutscher Polizeibehörden zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität durch den Austritt Dänemarks aus dem Polizeiamt Europol aus Sicht der Bundesregierung geschwächt oder auch nicht geschwächt („EU Commissioner says Denmark can’t have ‚parallel‘ Europol deal“, Reuters vom 27. September 2016; sofern Defizite gesehen werden, diese bitte benennen), und auf welche Weise sollten diese Defizite aus Sicht der Bundesregierung in einem anderem Rahmen kompensiert werden, etwa durch bilaterale Vereinbarungen Deutschlands mit Dänemark oder die internationale Kooperation in Polizeinetzwerken und -organisationen?

17. Abgeordneter **Özcan Mutlu** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Präsidiums des Deutschen Fußball-Bunds e. V., welches in einem Schreiben an den Sportausschuss des Deutschen Bundestages (4. Oktober 2016) die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages zur Aufklärung der Unregelmäßigkeiten und Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Vergabe der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2006 hinterfragt und den WM-Skandal als voll umfänglich aufgeklärt sieht, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur weiteren Aufklärung des WM-Skandals ergreifen?

18. Abgeordneter **Özcan Mutlu** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele türkische Diplomaten und Diplomatinnen haben nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei einen Asylantrag in Deutschland gestellt, und wie verhält sich die Bundesregierung bei möglichen Auslieferungsanträgen aus der Türkei?

19. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Inwieweit trifft es zu, dass bei entdeckten Identitätsfälschungen durch Dokumente von Asylbewerbern keine Anzeigen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstattet wurden?

20. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Inwieweit werden die Fälle nunmehr auf der gesetzlichen Grundlage auch rückwirkend aufgearbeitet und Asyl nicht gewährt?

21. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Rohingya hat Deutschland seit dem Jahr 2012 im Rahmen des deutschen Resettlement-Programms (www.bmi.bund.de/DE/Themen/Migration-Integration/Asyl-Fluechtlingsschutz/Humanitaere-aufnahmeprogramme/humanitaere-aufnahmeprogramme_node.html vom 12. Oktober 2016) aufgenommen (bitte nach Jahren und Staaten, aus denen die Aufnahme erfolgt ist, aufschlüsseln), und inwiefern wird sie diese Zahl angesichts der jüngsten Entwicklungen in Rakhaing bzw. Arakan erhöhen, wo erneut erhebliche Menschenrechtsverletzungen gegen die zivile Rohingya-Bevölkerung drohen bzw. bereits begangen werden (www.channelnewsasia.com/news/asiapacific/myanmar-sends-troops-into-muslim-majority-region-after-deadly/3194468.html#.V_xsu5mKYs5.twitter vom 12. Oktober 2016)?

22. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Asylverfahren äthiopischer Staatsangehöriger wurden seit Anfang des Jahres 2016 abgeschlossen (bitte nach Monaten und Verfahrensausgang aufschlüsseln), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung bzw. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesichts der gegenwärtigen Proteste, die von den äthiopischen

Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen werden (www.tagesschau.de/ausland/aethiopien-113.html), um diesen Entwicklungen bei der Bearbeitung von Asylverfahren angemessen Rechnung zu tragen?

23. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Warum schlägt der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, einen neuen Haftgrund „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ zur Durchsetzung der Ausreisepflicht vor (www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/08/2016-08-11-de-maiziere-zu-sicherheit-deutschland.html), obwohl sich Deutschland bei den entsprechenden Verhandlungen auf der EU-Ebene für eine Streichung des Haftgrundes der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung ausgesprochen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12039, Frage 4) und überdies erklärt hat, von Möglichkeiten des EU-Rechts zur Ingewahrsamnahme von Asylbewerbern, die über nationales Recht hinausgehen, keinen Gebrauch machen zu wollen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10305, S. 12, bitte ausführen), und warum gelten die damaligen Gründe für das Handeln der Bundesregierung zu diesem Punkt heute nicht mehr (bitte nachvollziehbar ausführen)?

24. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Haben die drei syrischen Flüchtlinge, die den terrorverdächtigen Jaber Albakr in Leipzig gefesselt der Polizei übergeben haben, den Nachzug von Familienangehörigen beantragt, und inwieweit wäre die Bundesregierung dazu bereit, einen solchen Familiennachzug sofort zu ermöglichen, angesichts der bekannten langen Wartezeiten beim Familiennachzug zu syrischen Flüchtlingen einerseits (vgl. Bundestagsdrucksache 18/9133) und den möglichen Gefährdungen für Familienangehörige in Syrien infolge des couragierten Einsatzes der syrischen Flüchtlinge andererseits (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

25. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass der gesamte Fall Jaber Albakr, von der versuchten Festnahme in Chemnitz bis hin zu den Umständen des Selbstmordes, ein Schlag gegen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Deutschland ist, und inwieweit teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass es eine Fehlentscheidung des Generalbundesanwaltes war, die Ermittlungen in dem Fall nicht schon am 7. Oktober 2016 an sich zu ziehen?

26. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung im Einzelnen unternommen, um herauszufinden, welche Strafvorwürfe in den Vereinigten Staaten von wem gegen Edward Snowden erhoben werden?

27. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Nachfragen hat die Bundesregierung dazu im Einzelnen gestellt, und welche Antworten oder Informationen hat die Bundesregierung so erlangt?

28. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was soll sich nach den Plänen der Bundesregierung zur Strafverschärfung für Wohnungseinbruchsdiebstähle im Strafgesetzbuch sowie in der Strafprozessordnung konkret ändern, und werden, nach Einschätzung der Bundesregierung, diese Änderungen dazu führen, dass die hohe Zahl der Einbrüche tatsächlich sinkt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Aufklärungsquote bei diesen Delikten sehr niedrig ist (bundesweit bei 15,2 Prozent, vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 3, www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2016/pks-2015.pdf?_blob=publicationFile) und sich Einbrecher von einer höheren Strafandrohung nicht abschrecken lassen, solange dieses Defizit der Strafverfolgung andauert – zumal der Täterkreis überwiegend aus umherziehenden, oft europaweit operierenden, kriminellen Banden besteht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung an den Äußerungen vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, fest, eine Finanztransaktionssteuer ginge „eigentlich nur vernünftig auf globaler Ebene“ (Reuters vom 23. Juli 2016) bzw. dass die Idee einer Finanztransaktionssteuer „nicht funktioniert, wenn man es nicht global macht“ (Doorstep-Interview vom 10. September 2016 beim informellen Ecofin in Bratislava, https://tvnewsroom.consilium.europa.eu/event/informal-meeting-of-economic-and-financial-affairs-ministers-57d2886d6f481/departure-and-doorstep-de-schuble-part-1-57d3f5f00e4aa), und was bedeutet das damit begründete Vorhaben, die Finanztransaktionssteuer als Vorschlag in die G20 und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einzubringen, für das laufende Vorhaben der Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit von zehn Staaten der Europäischen Union?

30. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)

Auf welchen genauen Sachverhalt zielt die im Zusammenhang mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer vorgebrachte Äußerung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ab, „es würde ihn auch nicht wundern, wenn einige Länder auf eine schwierige Situation im Bankensektor hinweisen würden“ (Reuters vom 11. Oktober 2016), und gehört Deutschland aus Sicht der Bundesregierung zu diesen Ländern (bitte mit Begründung)?

31. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie sieht nach der Einigung der Verstärkten Zusammenarbeit zur Finanztransaktionssteuer der konkrete (Zeit-)Ablauf aus hin zu einer EU-Kommissionsvorlage und deren Umsetzung in nationales deutsches Recht, und welche konkreten Probleme bestehen aus Sicht der Bundesregierung noch diesbezüglich?

32. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welcher Begründung sollen Anleihen generell von der Besteuerung bei der Finanztransaktionssteuer ausgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

33. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Wie schlüsseln sich die, von der Bundesministerin Andrea Nahles am 22. September 2016 in ihrer Bundestagsrede zum Bundesteilhabegesetz erwähnten, 700 Mio. Euro Mehrausgaben des Bundes im Zuge des geplanten Bundesteilhabegesetzes im Einzelnen auf?

34. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Wie hoch sind die Kosten für die Kampagne „Mehr möglich machen. Weniger behindern.“, die im öffentlichen Raum, in Tageszeitungen und Zeitschriften sowie im Internet auf die behindertenpolitische Gesetzgebung der Bundesregierung aufmerksam macht?

35. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass sie aktuell die Regelungen zur Festhaltenserklärung in § 9 Absatz 1 Nummer 1 bis 1b des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG-E) (Bundestagsdrucksache 18/9232), mit der ein illegal überlassener Arbeitnehmer der Entstehung eines Arbeitsverhältnisses zum Entleiher widersprechen kann, so auslegt, dass bei Fortführung einer rechtswidrigen Überlassung trotz Widerspruch ein Arbeitsverhältnis zum Entleiher entsteht, weil der vorherige Widerspruch für den fortgeführten rechtswidrigen Einsatz nicht greift, wie von der Pressestelle des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gegenüber dem „NDR“ am 11. Oktober 2016 mitgeteilt wurde, und kann die Bundesregierung somit bestätigen, dass ihr aktuelles Regelungsziel ist, dass die Festhaltenserklärung zeitlich nicht für die Zukunft wirkt (bitte begründen)?

36. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung, den Gesetzestext zur Festhaltenserklärung in § 9 Absatz 1 Nummer 1 bis 1b AÜG-E (Bundestagsdrucksache 18/9232) dahingehend zu ändern, dass sich das Regelungsziel, dass bei Fortführung einer rechtswidrigen Überlassung trotz Widerspruch ein Arbeitsverhältnis zum Entleiher entsteht, weil der vorherige Widerspruch für den fortgeführten rechtswidrigen Einsatz nicht greift, auch im Wortlaut des Gesetzes findet, da dieser Wortlaut meiner Auffassung nach die Grenzen für die Auslegung setzt und das aktuelle Regelungsziel der Bundesregierung im derzeitigen Gesetzestext keinen tragfähigen Anknüpfungspunkt findet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

37. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nach welchen Kriterien bzw. auf welcher Geschäftsordnungsgrundlage wird über die Gewährung einer institutionellen Förderung von Verbänden im Rahmen des Agrarhaushaltes (Einzelplan 10) entschieden, und nach welchen Regeln bzw. auf welcher Geschäftsordnungsgrundlage verläuft das Ausschreibungs- oder Bewerbungsverfahren für eine solche institutionelle Verbändeförderung?

38. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung für eine Mid-Term-Review der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) einsetzen, insbesondere vor dem Hintergrund notwendiger Anpassungen an die im Jahr 2015 verabschiedeten Klima- und Nachhaltigkeitsziele sowie der Kritik des Europäischen Rechnungshofs, die GAP-Förderung erfülle ihre Ziele nicht, und wie begründet sie ihre Haltung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

39. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Nach welchen Verfahren oder Einschränkungen ist die Zulassbarkeit der Drohne MQ-4C TRITON für den deutschen Luftraum laut einer mittlerweile abgeschlossenen Prognose des Luftfahrtamts der Bundeswehr machbar (Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/9568 vom 10. Oktober 2016, noch ohne Drucksachennummer), und wann soll die Studie der Firma IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH zur Durchführung eines Vergleichs der Zulassungsvorschriften für die MQ-4C TRITON der US-Navy mit den deutschen Zulassungsvorschriften sowie dessen Bewertung vorliegen?

40. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.)

Für wann genau im Oktober 2016 ist die Vorlage des Angebots für die nach den Plänen der Bundesregierung als Übergangslösung zu beschaffenden Heron-TP-Drohnen durch den Rüstungskonzern Airbus als Hauptauftragnehmer verabredet (vgl. Bundestagsdrucksache 18/9857, Antwort zu Frage 12), und welche Stelle der Bundesregierung bzw. des Bundesministeriums der Verteidigung wird das Angebot entgegen nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

41. Abgeordnete **Katrin Kunert** (DIE LINKE.)

An welchen wesentlichen Regelungen wird derzeit auf Bundesebene gearbeitet, die auch für die künftige Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt maßgeblich sein werden (Pressemitteilung der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom 11. Oktober 2016)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

42. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern plant die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Regulierung privater Drohnenflüge eine Drohnen-Registrierungsdatenbank wie in den USA einzuführen sowie einen Drohnenführerschein für den Betrieb einer Drohne vorauszusetzen (bitte begründen)?

43. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Bundesrates (Drucksache 387/16), ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie PKW in der gesamten EU zuzulassen, und wann ist für den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, ein realistisches Datum, nur noch emissionsfreie PKW zuzulassen vor dem Hintergrund seiner Aussage: „Ein komplettes Aus von Verbrennungsmotoren ab 2030 ist vollkommen unrealistisch“ (siehe www.manager-magazin.de/politik/Deutschland/a-1115956.html)?

44. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Wurden nach Auffassung der Bundesregierung die in Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 festgelegten Vorgaben zu Sanktionsmaßnahmen gegen Automobilhersteller vor dem Hintergrund der jüngsten Berichterstattung (www.stern.de/wirtschaft/news/dieselskandal--verkehrsminister-alexander-dobrindt-fuehrt-in-die-irre-7088710.html) wirksam in deutsches Recht umgesetzt?

45. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Defizite bei der Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in deutsches Recht, welche die Sanktionierung von Herstellern, die ihre Typzulassung nicht in Deutschland erworben haben, erschweren, und wenn ja, welche?

46. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche neuen Erkenntnisse hat der Abschlussbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) über optische Reflektoren zur Vermeidung von Wildunfällen erbracht, und weshalb wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der „vorwärtsstrahlende“ Reflektor „Wildhüter“ (siehe www.wildhueter-reflektor.de) nach mir vorliegenden Informationen in keiner – auch in keiner vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderten – Studie auf seine Wirksamkeit hin untersucht und bewertet?

47. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen für die Schienenfernverkehrsangebote hat es nach Auffassung der Bundesregierung, wenn die von Birgit Bohle, Vorsitzende des Vorstands der Deutschen Bahn Fernverkehr AG, in einem Mitarbeiterbrief vom 1. September 2016 geäußerte Befürchtung, dass „der Fernverkehr schon bald Verluste machen“ könnte, tatsächlich eintritt, angesichts der Tatsache, dass es sich bei der DB AG um eine Aktiengesellschaft und damit ein gewinnorientiertes Unternehmen handelt, und was unternimmt die Bundesregierung, um Bahnunternehmen wie der Deutschen Bahn AG bessere Bedingungen für einen kundenfreundlichen und zugleich wirtschaftlichen Betrieb zu schaffen?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333